



# Schluss mit der Autobahnraserei! Eine Frage der Vernunft!

LPD a. D. Wolfgang Blindenbacher, DPoIG-Kommission Verkehr



> Klares Bekenntnis für eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen vom DPoIG-Verkehrsexperten LPD a. D. Wolfgang Blindenbacher

Im Rahmen einer im Juli 2018 in Berlin durchgeführten Pressekonzferenz stellte das Statistische Bundesamt die Zahlen vor: Danach kam es im Vorjahr zu annähernd 21 000 Unfällen mit Personenschaden auf Deutschlands Autobahnen. Dabei starben 409 Menschen, 5 974 wurden schwer verletzt. Mehr als ein Drittel der Unfälle war drauf zurückzuführen, dass mindestens eine beteiligte Person die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten hatte oder für die Straßen- oder Witterungsverhältnisse zu schnell fuhr. Insgesamt fanden 181 Menschen bei Geschwindigkeitsunfällen auf Autobahnen den Tod, 2 478 wurden schwer verletzt. Das waren nahezu 45 Prozent aller Getöteten und mehr als 40

Prozent aller Schwerverletzten auf diesem Straßentyp. Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus, führt dazu aus: „Will Deutschland das im Nationalen Verkehrssicherheitsprogramm selbst gesteckte Ziel erreichen, die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Verkehrsteilnehmer im Zeitraum von 2011 bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, muss ein Bündel an Maßnahmen realisiert werden. Ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen gehört an vorderster Stelle dazu.“

Mit dieser verwaltungstechnisch einfach zu realisierenden Maßnahme ist den Verkehrsplanern ein Mittel an die Hand gegeben, dessen Wirksamkeit in einer Vielzahl von Studien belegt ist. Die einschlägigen Untersuchungen zur Wirkung eines Tempolimits weisen abhängig von der jeweiligen Ausgangslage nach, dass die Anzahl der Verkehrstoten signifikant reduziert werden kann. Im Jahr 2018 legten das International Transport Forum (ITF) und die International Traffic Safety Data and Analysis Group (IRTAD) einen Bericht

mit Fallstudien aus zehn Ländern zu den Wirkungen geschwindigkeitsbezogener Maßnahmen auf das Unfallgeschehen vor. Bei einer generellen Reduzierung der Geschwindigkeit von 110 auf 100 km/h in Schweden gab es einen deutlichen Rückgang der Anzahl der Getöteten und Schwerverletzten, demgegenüber musste bei der Erhöhung des bestehenden Tempolimits von 110 auf 130 in Dänemark eine erhebliche Steigerung bei den Personenschäden konstatiert werden. Es kann daher nicht mehr argumentiert werden, die Wirkung eines Tempolimits hinsichtlich der Anzahl der Verkehrstoten sei nicht belegbar.

Der wiederkehrende Hinweis auf den scheinbar geringen Prozentanteil von aktuell etwa 13 Prozent der auf deutschen Autobahnen getöteten Verkehrsteilnehmer wird häufig als Argument für die vermeintliche Sicherheit deutscher Autobahnen angeführt. Wenn man aber die deutschen Ergebnisse in Relation zu den europäischen setzt, wird das Optimierungspotenzial deutlich. Auf europäischen Autobahnen beträgt der Anteil der auf Autobahnen getöteten Verkehrsteilnehmer circa 8 Prozent (und darin sind die 13 Prozent aus Deutschland schon enthalten). Die Argumentation, die deutschen Autobahnen wären auch im internationalen Vergleich die sichersten Straßen, stimmt damit so absolut nicht.

Von allen europäischen Nachbarländern, in denen schon heute Autobahntempolimits gelten, wird immer wieder berichtet, wie harmonisch dort

der Verkehr läuft. In Deutschland stellen dagegen einige Verkehrsteilnehmer ihr eigenes Fortkommen immer wieder über das Leben und die Gesundheit der Mitmenschen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die Verkehrsunfälle auf den Autobahnen aufnehmen, stellen fest, dass die in Deutschland zulässige „freie Fahrt“ erst die hohen Differenzgeschwindigkeiten ermöglicht, die dann oftmals für dramatische Autobahnunfälle ursächlich sind. Statement des Leiters einer Autobahn-Polizeidienststelle: „Wenn jemand mit 200 km/h auf dem linken Fahrstreifen fährt und vor ihm wechselt ein Fahrzeug bei 100 km/h auf den linken Fahrstreifen, kommt es leicht zu kritischen Situationen. In der Folge fließt der Verkehr weniger harmonisch, der Fahrzeugdurchsatz reduziert sich, die Strecke verliert an Leistungsfähigkeit und die Staugefahr nimmt zu.“ Auch wenn das Thema polarisiert (laut ARD-Deutschlandtrend sind 51 Prozent für die Einführung eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen und 47 Prozent dagegen) kann man sich der fachlichen Argumentation nicht mehr entziehen – Leben und Gesundheit sind nicht verhandelbar.

Eine Öffnungsklausel ist jedoch denkbar: Mittels der an vielen Autobahnstrecken bereits installierten sogenannten Wechselfahrstreifenanlagen könnten bei guten Straßenverhältnissen und entspanntem Verkehrsaufkommen im Einzelfall auch höhere Geschwindigkeiten als 130 km/h erlaubt werden. Die generelle Höchstgeschwindigkeit für Autobah-

## Impressum:

Redaktion:  
Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)  
Tel. 0163.1597230  
E-Mail: [redakteur@dpolg-nrw.de](mailto:redakteur@dpolg-nrw.de)  
Landesgeschäftsstelle:  
Graf-Adolf-Platz 6  
40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211.93368667  
Fax: 0211.93368679  
Internet: [www.dpolg-nrw.de](http://www.dpolg-nrw.de)  
ISSN 0723-1822

nen läge bei 130 km/h – die dann ausnahmsweise erlauben höheren Geschwindigkeiten wie 150 km/h oder 180 km/h wären von den jeweiligen Landesverkehrszentralen temporär freizugeben. Insbesondere Autobahnutzer in

Nordrhein-Westfalen könnten schon heute vom Vorhandensein entsprechender Anlagen profitieren. Fazit Erich Rettinghaus: „Es ist an der Zeit, mit intelligenten Entscheidungen Menschenleben, Gesundheit und Umwelt zu schützen. Ge-

schwindigkeit ist immer noch der Killer Nummer 1 auf deutschen Straßen! Nur Lippenbekenntnisse wie ‚Jeder Tote ist einer zu viel‘ reichen nicht mehr. Die Bevölkerung möchte mutige Taten sehen, die einen wirksamen Beitrag zu mehr Si-

cherheit leisten.“ Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es aus Sicht der Verkehrssicherheit nicht ein einziges durchgreifendes Argument gibt, ein Festhalten an dem Status quo zu rechtfertigen. ■

## Jahresrückblick 2018

### Zweiter Teil

Das Jahr 2018 war für die DPoIG ein ausgesprochen intensives und arbeitsreiches aber auch sehr erfolgreiches Jahr. Da die Tätigkeiten derart umfangreich waren, musste der Jahresrückblick auf zwei Ausgaben aufgeteilt werden. In der Ausgabe 1/2 (Januar/Februar) wurden die Aktivitäten und Ereignisse der Monate Januar bis Juni abgebildet.

In der vorliegenden Ausgabe wird der zweite Teil des Jahresrückblicks mit dem Blick auf die Monate Juli bis Dezember präsentiert.

#### ■ Ausgabe 7 (Juli)

Im Juli kam es endlich zur ersten Anhörung zu der lange in der Diskussion befindlichen Novelle des Polizeigesetzes NRW.

Darin sollen neue Ermächtigungen wie zum Beispiel die Ausweitung der Videobeobachtung, Unterbindungsgefahr, elektronische Fußfessel, strategische Fahndung, Aufnahme des Distanzelektroimpulsgerätes in den Waffenkatalog des PolG NRW und die Einführung der Quellen-TKÜ (Möglichkeit der Überwachung auch von Ende zu Ende verschlüsselter digitaler Kommunikation via Messenger – zum Beispiel WhatsApp) die Polizei in die Lage versetzen, den Her-



➤ Bezogen aus der Sicht der DPoIG Stellung zur Novelle des Polizeigesetzes der Erste stellvertretende Landesvorsitzende Frank Mitschker und der Landesvorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus

ausforderungen der Gegenwart und der Zukunft wachsen zu sein. Insbesondere zur Bekämpfung der Gefahren, welche durch den religiös motivierten Terrorismus hervorgerufen werden, soll die Polizei effektiver als in der Gegenwart auftreten können. Die DPoIG NRW äußerte sich grundsätzlich zustimmend zu den neuen Regelungen, forderte aber Nachbesserungen. So waren den Vertretern der DPoIG bei der Anhörung im Innenausschuss viele Begriffe der neuen Regelungen zu unbestimmt. So war zum Beispiel der Begriff der „terroristischen Gefahr“ überhaupt nicht definiert. Daher bestand seitens der DPoIG die Befürchtung, dass die Novelle einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht standhalten würde. Diese Befürchtungen wurden auch durch andere Sachverständige

geteilt, sodass die Regierungsparteien (CDU und FDP) beschlossen, zu einem späteren Zeitpunkt eine überarbeitete Version vorzulegen.

#### ■ Ausgabe 9 (September)

Nach der Sommerpause wurde die Ausstattungsoffensive der Landesregierung um einen weiteren Baustein erweitert. Durch Herrn Innenminister Herbert Reul wurden die neuen Einsatzhelme vorgestellt, die nun endlich auch dem Beschuss von Feuerwaffen standhalten.

Damit erfüllte der Minister eine schon gegenüber der alten Landesregierung durch die DPoIG vorgetragene Forderung nach einer besseren Schutzausstattung, welche auch in Hochgefahrenlagen wirksamen Schutz bietet. Somit bilden die ballistischen Schutz-

helme gemeinsam mit den neu beschafften Schutzwesten einen bestmöglichen Schutz sogar gegen den Beschuss von Sturmgewehren des Typs AK 47 (Kalaschnikow) im Kaliber 7,62 × 39 mm M43. Die Auslieferung der insgesamt 5 000 Helme begann ab November.

Bei aller Freude über die wichtige neue Ausstattung bleibt für die DPoIG NRW festzuhalten, dass im Bereich der Ausstattung immer noch eine nicht letale Distanzwaffe (Distanzelektroimpulsgerät) fehlt. Bislang ist keine Bewegung in die Beschaffung dieses wichtigen Einsatzmittels gekommen. Die DPoIG wird sich daher auch im Jahr 2019 weiterhin mit Nachdruck für die Einführung einsetzen.

#### ■ Ausgabe 10 (Oktober)

Der Oktober war geprägt von einem der intensivsten und am stärksten belastenden Einsatzanlässe in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen – dem Antibraunkohleprotest um und im Hambacher Forst.

Dieser Einsatz emotionalisierte die Menschen in ganz Deutschland, und auch die digitalen Medien waren über Wochen voll von kontroversen Stellungnahmen.

Die Einsatzkräfte vor Ort sahen sich einem vollkommen aus dem Ruder gelaufenen Protest-



© DPoIG NRW



© Gerhardt

> Verbrachten viele Stunden ihrer Freizeit bei den Einsatzkräften am Hambacher Forst – das Team der DPoIG-Einsatzbetreuung.

> Bezogen aus der Sicht der DPoIG NRW Stellung zum Haushaltsentwurf der Landesregierung – der Landesvorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus, und der Redakteur des POLIZEISPIEGELS Landesteil NRW, Sascha Gerhardt (von links)

verhalten gegenübergestellt – sei es durch den Beschuss mit Stahlkugeln, dem Bewurf durch Brandsätze oder dem Bewurf mit Fäkalien. Mit zunehmender Dauer der Proteste wuchs die Zahl der Straftäter, die von den Medien auch nach Wochen noch mit dem Begriff „Aktivisten“ zu Helden einer Anti-Braunkohlebewegung stilisiert wurden. Mit dem gerichtlich erwirkten vorläufigen Rodungsstopp endete der Einsatz unerwartet vorzeitig. Mit Ende des Polizeieinsatzes begannen die kriminellen Akteure der Protestbewegung unmittelbar mit der Wiedererrichtung der Baumhäuser – sehr zum Frust der eingesetzten Beamten. So stellte man sich die ausgerufenen Null-Toleranz-Linie des Landes nicht vor.

Die DPoIG NRW unterstützte die Einsatzkräfte durch die Bereitstellung einer Einsatzbetreuung. Es war sehr motivierend zu erleben, dass sich die Kolleginnen und Kollegen über die Einsatzbetreuung sehr gefreut haben, obschon der Einsatz die Einsatzkräfte teilweise an den Rand des Zusammenbruchs geführt hat.

> **Ausgabe 11 (November)**

Der November war geprägt durch die Anhörung zum Haus-

halt 2019. Hier bleibt festzuhalten, dass die Landesregierung in vielen wesentlichen Bereichen eine hervorragende Arbeit gemacht hat. Insbesondere die weiterhin hohe Zahl der Neueinstellungen bei Tarifbeschäftigten und Polizeivollzugskräften muss an dieser Stelle genannt werden. Dennoch wurden durch die Sachverständigen der DPoIG zahlreiche Aspekte benannt, die seitens der Landesregierung immer noch nicht umgesetzt wurden, welche aber endlich dringend umgesetzt werden müssen.

Beispielhaft seien hier die Einführung einer Erschwerniszulage für die Angehörigen der Bereitschaftspolizei, die Aufweitung der Funktionszuordnung und dadurch Schaffung neuer Stellen im Bereich A 12 und A 13 genannt. Dazu die



© Fiegele

> Wurden lange von der DPoIG gefordert – ballistische Einsatzhelme stehen seit November für die Einsatzkräfte zur Verfügung.

Schaffung der Möglichkeit eines prüfungserleichterten Aufstiegs in den höheren Dienst. Rücknahme der Kürzung des Weihnachtsgeldes und Wiedereinführung des Urlaubsgeldes. Einführung einer Zulage insbesondere für Tutoren, denn diese leisten seit Jahren unschätzbare Dienste als Zuzugleichaufgabe, ohne dass sich dies in irgendeiner Weise auswirkt.

Neuordnung des gesamten Zulagenwesens. Auch im Jahr 2019 wird sich die DPoIG NRW nachdrücklich dafür aussprechen, dass die genannten Forderungen umgesetzt werden.

> **Ausgabe 12 (Dezember)**

Im Dezember galt es erneut, aus der Sicht der DPoIG Stel-

lung zur Novelle des Polizeigesetzes NRW zu beziehen.

Die Regierungsparteien hatten nach der letzten Anhörung zahlreiche Änderungen in einen neuen Gesetzesentwurf eingebracht. Durch die DPoIG NRW wurde der neue Entwurf, der zum Beispiel eine kürzere Dauer des Unterbindungsgewahrsams (14 Tage mit der Option der Verlängerung um weitere 14 Tage) vorsieht, durchweg positiv gesehen. Aber auch der unbestimmte Begriff der terroristischen Gefahr wurde (wie von der DPoIG gefordert) nun konkret gefasst, indem diesem Begriff klare Tatbestände des StGB zugeordnet wurden.

Inzwischen wurde das neue Polizeigesetz verabschiedet. Bemerkenswert ist hier, dass die Verabschiedung nicht alleine durch die Regierungsparteien erfolgte. Nein – auch die SPD stimmte für den Gesetzesentwurf und machte auf diese Weise deutlich, dass sie zu ihrer staatspolitischen Verantwortung steht. Es wäre sehr wünschenswert, wenn auf diese Weise noch viele weitere dringend erforderlichen Veränderungen im Schulterschluss mit der Landesregierung realisiert würden.



► Erleben eine intensive Sitzung – die Mitglieder des Landesvorstandes der DPoG NRW

## Landesvorstandssitzung in Duisburg

Volle Tagesordnung mit vielen Themen – Landesvorstand trifft sich zu intensiver Sitzung

Am 6. Februar 2018 zog es den Landesvorstand der DPoG NRW zurück an seine alte Wirkungsstätte – Duisburg. Man tagte also in der Stadt, in welcher der Landesverband jahrelang seinen Sitz hatte.

In Duisburg wurden schon viele wichtige und zukunftsweisende Entscheidungen für den Landesverband vorbereitet. Auch bei dieser Sitzung galt es für die Mitglieder des Landesvorstandes, die Zukunftsfähigkeit des DPoG-Landesverbandes vorzubereiten.

Hierzu hatte der geschäftsführende Landesvorstand in zahlreichen Sitzungen im Vorfeld der Tagung des Landesvorstandes einige Positionen und eine umfangreiche Tagesordnung erarbeitet.

Der Sitzungstag begann mit der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Erich Rettinghaus. Dieser konnte neben den zahlreich erschienenen Mitgliedern des Landesvorstandes auch den Ehrenvorsitzenden der DPoG NRW, Rainer Wendt, und das Ehrenmitglied Klaus Grütze-

mann, der unlängst wegen seines ehrenamtlichen Engagements noch das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen bekommen hat (der POLIZEISPIEGEL berichtete), herzlich willkommen heißen.

In einem Grußwort stellte Rainer Wendt die bundespolitische Situation der inneren Sicherheit und zudem die unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Bundesländern dar.

Rainer Wendt machte deutlich, dass derzeit bundesweit sehr viel Veränderungspotenzial zugunsten der Polizei und deren Beschäftigten festzustellen ist. Als Beispiele führte er die Einführung der Zulage für die Bereitschaftspolizei in Sachsen, aber auch die Einführung der Freien Heilfürsorge sowie die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage in einigen Bundesländern an.

Der Bundesvorsitzende führte an, dass ein bundesweit einheitliches Polizeigesetz nicht in Sicht ist und dass hier auch kurz- und mittelfristig keine Änderung zu erwarten ist.

Umso wichtiger sei es daher, dass in den jeweiligen Bundesländern Polizeigesetze verabschiedet werden, welche die Polizei in die Lage versetzt, die Gefahren der Gegenwart effektiv zu bekämpfen.

Ein besonderes Lob hatte Rainer Wendt an dieser Stelle für den Landesverband der DPoG NRW mitgebracht. Dieser leistet anerkannt gute und sehr erfolgreiche Arbeit – was unter anderem auch an dem Gesetzgebungsverfahren zum Polizeigesetz NRW abzulesen sei.

Ebenso positiv bewertete Rainer Wendt die offensive Vorgehensweise gegen die Clankriminalität, welche von der Politik in der Vergangenheit viel zu wenig oder sogar gar nicht beachtet wurde.

Hier gibt es neben NRW auch in anderen Bundesländern einen Paradigmenwechsel in der politischen Bewertung und somit auch im Handeln der Sicherheitsbehörden. „Die Polizei steht den Problemen wieder auf den Füßen. Was 30 bis 40 Jahre geduldet wurde, kann aber erkennbar nicht sofort wieder ins

Lot gebracht werden – aber der Weg ist richtig. Letztlich wird es darauf ankommen, dass zum Beispiel eine vollständige Beweislastumkehr eingeführt wird, um an das Vermögen der Clans sowie generell bei organisierter Kriminalität zu kommen – nur das entfaltet nachhaltige Wirkung“, fügte der Bundesvorsitzende der DPoG an und übergab das Wort wieder an Erich Rettinghaus.

### ► Allgemeine politische Lage/Zusammenarbeit mit der Politik

In seinem Bericht zur Lage nahm Erich Rettinghaus den Faden der Bekämpfung der Clankriminalität auf und bestätigte, dass der eingeschlagene Weg der interdisziplinären Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungsbehörden, Finanzverwaltung und Zoll genau richtig sei. Was aber grundsätzlich fehlt, sei die Einführung einer Beweislastumkehr, welche die Tatverdächtigen zwingt darzulegen, wie die Finanzmittel, über die sie verfügen, erwirtschaftet wurden.

In diesem Zusammenhang lobte Erich Rettinghaus den



© Cerhardt

Innenminister ausdrücklich. Dieser habe sich insgesamt sehr gut in seine Funktion eingearbeitet.

Es gelang der DPoIG NRW, zahlreiche Themen in der Politik auf die Tagesordnung zu setzen.

Viele Positionen haben sich unter der neuen Landesregierung auch umsetzen lassen.

#### ■ Bislang erzielte Umsetzungen von DPoIG-Positionen

Abschaffung Kennzeichnungspflicht, Abschaffung § 19 (6) LBG NRW (verfassungswidrige Frauenförderung), Einführung Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE), Außentragehüllen für die Schutzwesten, ballistische Helme, Neueinstellungen auch für den Tarifbereich, Einführung von Spuckhauben, Erweiterung der alternierenden Telearbeit, neue Funkwagen, Doppelboxen für die Diensthundeführer, modulare Qualifizierung für den Aufstieg in den HD und Lebensarbeitszeitkonten sollen endlich Mitte des Jahres kommen.

#### ■ Bislang noch nicht umgesetzte Forderungen

Die Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG) sind im Polizeigesetz

inzwischen verankert. Eine Umsetzung der Einführung ist aber noch nicht in Sicht.

Hierfür brachte Erich Rettinghaus kein Verständnis mehr auf, da alle Vorteile auf dem Tisch liegen und die Geräte in anderen Bundesländern erfolgreich eingeführt wurden.

Aber es gab weitere Aspekte, die der Landesvorsitzende bemängelte. Insbesondere im Bereich des Zulagenwesens fehlt bisher der Wille, auf die Forderungen der Gewerkschaften zuzugehen. Die DPoIG erwartet hier eine komplette Neuordnung. Die Erschwerniszulagen und der Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) stehen hier im Fokus. In den Frühjahrsgesprächen mit Regierung und Opposition wird es hierzu vertiefte Gespräche geben. In anderen Ländern sei man in diesen Fragen schon sehr viel weiter, ergänzte Erich Rettinghaus.

In seinem Bericht streifte Erich Rettinghaus zahlreiche weitere Themen wie die Arbeitsgruppe Drohnen, die als ein sehr wichtiges Einsatzmittel erkannt und dringend zu beschaffen sind. In der Politik gibt es derzeit aber noch keine Bereitschaft zur Beschaffung.

Besonders wichtig sind dieser Tage die Gespräche rund um die Tarifaueinandersetzung.

Die Gespräche mit der Regierung bezüglich der Übertragung des Ergebnisses auf die Beamten werden sehr schwierig. Die Haushaltsmittel erscheinen hierfür zu niedrig angesetzt.

Weiterhin ist die Bürgerversicherung Thema. In Hamburg wurde diese eingeführt. Der DGB, SPD, Grüne und die AfD sind für die Einführung dieser Einheitsversicherung. Die sogenannte Bürgerversicherung würde erhebliche Verschlechterungen in der Gesundheitsversorgung nach sich ziehen. Bislang konnten CDU und FDP die Einführung verhindern.

#### ■ Einsatzbetreuung Hambacher Forst

Die Betreuung durch die DPoIG wurde von den eingesetzten Kräften sehr gut angenommen. Die DPoIG wird diese Art der Einsätze zukünftig professionalisieren. Es wurde ein Fahrzeug (Citroën Spacestar) bestellt, mit welchem derartige Einsätze zukünftig kurzfristig und professionell durchgeführt werden können. Das Fahrzeug kann aber auch von den Gliederungen für Veranstaltungen gebucht werden kann. Das Auto wurde über die DPoIG-Service GmbH bestellt.

#### ■ Neuer Satzungsentwurf

Nach dem Bericht zur Lage stellte Erich Rettinghaus, gemeinsam mit den Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes, einen neuen Satzungsentwurf für die DPoIG NRW vor.

Wegen zahlreicher gesetzlicher Änderungen bedurfte es einiger Anpassungen, welche in Zusammenarbeit mit Herrn

Rechtsanwalt Klages erarbeitet wurden.

Darüber hinaus wurden aber auch inhaltliche Veränderungen implementiert, welche insbesondere darauf abzielen, eine noch höhere Beteiligung aller Kreisverbände an den Spitzengremien des Landesverbandes zu erzielen.

Der Landesvorstand nahm die Änderungsvorschläge zustimmend zur Kenntnis.

In der weiteren Folge wurden zahlreiche weitere Tagesordnungspunkte intensiv bearbeitet.

Dies waren insbesondere der Bereich Tarif, in dem ausführlich durch Gerhard Vieth dargestellt wurde, wie sich die Tarifverhandlungen gestalten und welche Schwierigkeiten bestehen.

Dazu wurde durch die Seniorenvertretung dargestellt, dass weitere Seniorenseminare durchgeführt werden, die erfahrungsgemäß sehr gut besucht werden.

Im nächsten Jahr werden zahlreiche Seminare angeboten. So wird es auch wieder ein K-Seminar geben. Letztes Jahr wurde dieses erstmals durchgeführt. Die Nachfrage war sehr groß und die Kritiken ausgesprochen positiv.

Bemängeln musste Sabrina Deiter, dass manche Plätze verfallen, weil gemeldete Teilnehmer nicht erscheinen. Das nimmt anderen interessierten Mitgliedern die Möglichkeit der Teilnahme.

Nach zahlreichen weiteren Tagesordnungspunkten beendet Erich Rettinghaus um 15.30 Uhr einen ausgesprochen gut gefüllten, aber sehr erfolgreichen Sitzungstag des Landesvorstandes. ■



# Moderne Kriminalpolizei – Moderne Kriminalistik – mittelalterliche Zuständigkeits- und Arbeitszeitmodelle

Gastbeitrag von Andreas Dickel – PP Bochum, Leiter Direktion K

## ■ Anmerkung der Redaktion des POLIZEISPIEGELS

Die Polizei NRW befindet sich in einem enormen Wandlungsprozess. Die Struktur des Personalkörpers verändert sich rasant. Dazu verändern sich die Rahmenbedingungen des Polizeiberufs durch gesellschaftliche, politische und technische Entwicklungen mit immer höherer Geschwindigkeit. Das hat enorme Folgen für die gesamte Polizei. Diese wirken sich in spezialisierten Bereichen besonders gravierend aus. Der Autor Andreas Dickel hat sich die Folgen für die Sachbearbeitung in der Direktion K – hier speziell den Bereich der Todesermittlungen – angesehen und bezieht hierbei die Erkenntnisse zweier Vorträge der Fachtagung Kriminalität des Innenministeriums NRW im Jahr 2018 ein. Der Artikel wird in zwei Teilen im Landesteil NRW des POLIZEISPIEGELS veröffentlicht.

## ■ Vorbemerkung

Dieser Artikel greift zwei Vorträge der Fachtagung Kriminalität des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen im September 2018 auf. Die Vorträge belegten, dass das Verhalten von Mordkommissionen in Rufbereitschaft und die polizeilichen Ermittlungen bei ungeklärten Todesursachen schon jetzt eine große Personalbindung darstellen und diese in Zukunft weiter steigen dürfte. Dies und die optimierten Ermittlungsmethoden sind nicht allein mit

einer Personalaufstockung aufzufangen. Bürgerinnen und Bürger erwarten polizeiliche Präsenz und schnelle Reaktion an 365 Tagen im Jahr. Die aktuellen polizeilichen Arbeitszeitmodelle sind zu statisch, um das in einer Mischung aus echter Präsenz oder Rufbereitschaften flächendeckend zu gewährleisten.

## 1. Generationswechsel in den Strafverfolgungsbehörden – schlecht geplant und schmerzhaft

Die Politik und die Öffentlichkeit haben die Innere Sicherheit wieder „zurückentdeckt“. Nach vielen Jahren eher zurückhaltender Wertschätzung für Polizei, Staatsanwaltschaften und Strafgerichte wird seit mehr als drei Jahren wieder intensiv Personal eingestellt. Der Personalkörper verjüngt sich rasant, weil die starken Einstellungszahlen aus den 70er- und frühen 80er-Jahren „völlig überraschend“ zu starken Pensionierungszahlen 2015 bis 2025 führen. Während also Personal deutlich schneller in den Ruhestand verschwindet, kann nicht genügend Quantität und Qualität nachgeführt werden. Im Ergebnis ächzt die Polizei unter gewaltigen Überstundenlasten des aktuell im Dienst befindlichen Personals. Gleichzeitig wird ein großer Teil des noch verfügbaren Personals in der Ausbildung und Fortbildung gebunden, weil statt 500 nun 2 500 Polizisten jährlich eingestellt und ausgebil-

det werden müssen. Auch diese praxiserfahrenen Lehrkräfte fehlen im Wach- und Ermittlungsdienst und bei den Spezialeinheiten.

## 2. Verbesserte Ermittlungen, mehr Aufklärung, mehr Arbeits- und Zeitaufwand

Es könnte beruhigen, dass sich die allgemeine, quantitative Kriminalität seit Jahren rückläufig zeigt, die Belastung somit nicht so hoch wäre wie in den 90er-Jahren. Weit gefehlt, die sinkenden Fallzahlen sind nicht mit sinkender Arbeitsbelastung gleichzusetzen. Der Ermittlungsaufwand hat bei allen Eigentums-, Körperverletzungs-, Gewalt- und Vermögensdelikten stark zugenommen, weil rechtlich und technisch vieles möglich geworden ist. Der Ermittlungsaufwand entsteht durch:

- › ein hohes Aufkommen von Tat- und Tätervideos, die ausgewertet werden müssen;
- › die sozialen Medien, die insbesondere bei Jugendlichen und Heranwachsenden viele Ermittlungsmöglichkeiten bieten, die diese sogar selbst nutzen und dann Täterhinweise geben;
- › verbesserte Ermittlungsmöglichkeiten und Methoden wie
  - › Funkzellenauswertungen, Handyortungen;
  - › optimierte Spurensicherungs- und Auswertungsergebnisse;
  - › Zunahme von Öffentlichkeitsfahndungen mit Täterbildern.

## 3. Kriminaltechnik boomt, Spezialisierung nimmt zu

Diese Entwicklung wird durch die begrüßenswerte technische und personelle Professionalisierung bei der Spurensuche und -sicherung weiter verschärft. Gab es früher gelegentlich Fingerabdrücke und waren diese bei unvollständiger Abbildung deutlich weniger auswertbar als heute, so haben sich hier mit den Datenbanksystemen und der computergestützten Bewertung erhebliche Verbesserungen ergeben. Den größten Quantensprung in der kriminalistischen Beweisführung bewirkte die Möglichkeit, DNA-Spuren zu sichern und auszuwerten. Atemspuren an Einbruchsfenstern und -türen, Schweiß- und Hautzellen an und in Handschuhen beziehungsweise Kleidung. Das macht Spurensuche und -sicherung aufwendiger und erfolgreicher. Die Ergebnisse führen oft zu zeitintensiveren Ermittlungen für Auswerteanträge, Durchsuchungsbefehle, Haftbefehle.

## 4. Neue Bewertung von Tötungsdelikten

Anders als noch in den ersten Jahren dieses Jahrtausends werden deutlich mehr Delikte als versuchte Tötungsdelikte bewertet und zumindest polizeilich entsprechend bearbeitet. Während noch vor fünf Jahren in übereinstimmender Bewertung von Staatsanwaltschaften und Gerichten ein Messerstich im Bereich der Schulter oder



auch des Bauchraumes als gefährliche Körperverletzung bewertet und so bearbeitet wurde, werden heute solche Ereignisse als versuchte Tötungsdelikte qualifiziert und entsprechend von den Mordkommissionen bearbeitet. Das hat früher eine Sachbearbeiterin oder ein Sachbearbeiter als Körperverletzung „abgearbeitet“, während heute eine Mordkommission schon im ersten Angriff mit drei bis acht Ermittlerinnen und Ermittlern den Sachverhalt umfassender aufklärt.

Das ist sowohl kriminalistisch, rechtlich als auch täterbezogen-pädagogisch und damit allgemein präventiv richtig. Die Zahlen für den Einsatz von Mordkommissionen sind im PP Bochum von durchschnittlich 25 auf aktuell 44 gestiegen. Das allein ist bereits problematisch. Dieser Effekt wird noch erheblich dadurch verstärkt, dass beim Einsatz einer Mordkommission diese nicht mehr für das nächste Ereignis zur Verfügung steht, sondern durch eine andere „Ersatz-MK“ abgelöst werden muss. Es mussten also 19 Mal mehr Ersatz-MK aufgestellt und in Rufbereitschaft gesetzt werden.

Behörde	MK-Struktur, Leitung, Ermittler, KTU-Anteil	Personalstundenbindung durch Bereitschaftszeit
Aachen	0:1 + 1 KTU	2 080 Stunden plus 11 Beamte ohne Vergütung!
Bielefeld	1:5 + 1 KTU	5 824 Stunden
Bonn	1:5 + 1 KTU	4 992 Stunden
Recklinghausen	1:3 + 2 KTU	4 992 Stunden
Münster	1:3 + 1 KTU	4.160 Stunden
Wuppertal	wochentags 1:7, WE 1:9, davon 2 KTU	7 276 Stunden
Bochum	1:5 + 2 KTU	6 656 Stunden
Summe	43 Beamte, an WE 45, in Rufbereitschaft	35 980 Stunden

### 5. Bereitschaftszeiten anders vergüten als bisher

Mordkommissionen werden in Rufbereitschaft vorgehalten. Diese Rufbereitschaft wird mit acht zu einer Stunden vergütet, also acht Stunden Rufbereitschaft in der Freizeit führen zu einer „Überstunde“.

Praktisch hat daher ein MK-Mitglied, das eine Woche Ruf-

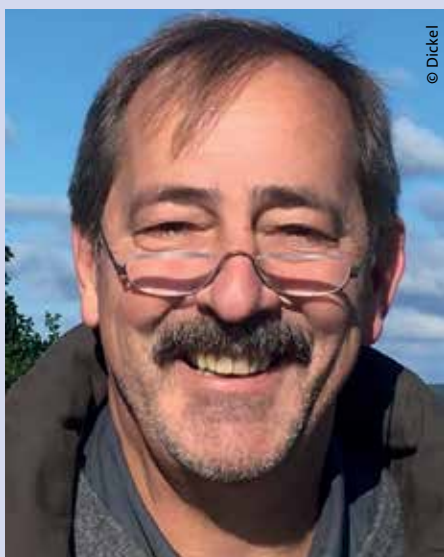
bereitschaft hat, 16 Überstunden „angehäuft“. Pro Wochenarbeitstag fallen für die 16 freien Stunden zwei Stunden Rufbereitschaft an, an arbeitsfreien Tagen entsprechend drei Stunden.

Welche zeitliche Dimension das hat, habe ich am Beispiel von sieben Polizeibehörden aus Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2017 erhoben.

Bei 1 500 Stunden kalkulatorischer Jahresarbeitszeit entspricht das rund 23 Beamtinnen oder Beamten, die ganzjährig in diesen sieben Kriminalhauptstellen nicht für andere Aufgaben eingesetzt werden können.

In der nächsten Ausgabe des POLIZEISPIEGELS Landesteil NRW wird der Artikel fortgesetzt. ■

### > Informationen zum Autor



© Dickel

## Andreas Dickel

- > 59 Jahre alt,
- > Direktionsleiter Kriminalität beim PP Bochum seit 2010, zuvor Direktionsleiter Kriminalität beim PP Wuppertal 2007 bis 2010
- > Leiter Zentrale Kriminalitätsbekämpfung beim PP Wuppertal 2002 bis 2007
- > stellvertretender Referatsleiter Strafverfolgung im Innenministerium NRW 1997 bis 2001
- > Studienleiter Ausbildung LA III für NRW, 1996 bis 1997
- > Kriminalgruppenleiter 1 und 3 beim PP Münster 1994 bis 1996
- > Referent Strafverfolgung IM NRW von 1992 bis 1994
- > Ausbildung LA III 1990 bis 1992
- > Fachlehrer Landeskriminalschule NRW 1988 bis 1990
- > Sachbearbeiter Kfz-Delikte beim PP Gelsenkirchen 1987 bis 1988
- > Sachbearbeiter Raub und Eigentumsdelikte beim PP Krefeld von 1982 bis 1987
- > FH-Studium und Ausbildung g. D. Fachhochschule und PP Wuppertal 1979 bis 1982



# Jahreshauptversammlung des mitgliederstärksten Kreisverbandes der DPolG NRW

Der KV Duisburg blickt auf ein ausgesprochen erfolgreiches Jahr zurück.



> Gute Stimmung auch beim Gruppenbild des Vorstandes mit dem Landesvorsitzenden – der Kreisverband Duisburg blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück.

Am Mittwoch, 30. Januar 2019, fand im Lokal „Wilder Wiener“ im Duisburger Zentrum die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Duisburg statt. In einem gelungenen Ambiente

war der Sitzungssaal wieder sehr gut gefüllt. Der Kreisvorsitzende Volker Schneider eröffnete die Versammlung und bedankte sich für das große Engagement seines Vorstandes und der anwesenden Mitglieder. Im mitgliederstärksten Kreisverband der DPolG NRW sind die umfassenden Aufgaben und die Betreuung der Mitglieder nur in einem starken Team zu bewältigen. Dieses ist im letzten Jahr wieder hervor-

ragend gelungen. Nach Präsentation des Geschäftsberichtes und den erforderlichen Wahlen berichtete der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus über die aktuelle Lage im Land NRW. Ein gemeinsames Essen rundete die Veranstaltung ab. Der Kreisvorstand wird weiterhin von Volker Schneider als Vorsitzender, Klaus Spelthahn als stellvertretender Vorsitzender und Thorsten Hörnemann als Geschäftsführer angeführt. ■

# Jahreshauptversammlung des DPolG KV Hochsaulerkandkreis

Am 30. Januar 2019 fand die ordentliche Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes der DPolG im Hochsauerlandkreis in der Gaststätte „Hochstein“ statt. Die Kreisversammlung bietet als Organ des Kreisverbandes allen Mitgliedern die Möglichkeit der Mitbestimmung.

So konnte sich der Vorsitzende Georg Mohr über eine rege Beteiligung aus dem Kreisverband freuen.

Jürgen Franke, stellvertretender Landesvorsitzender der

DPolG NRW, nahm als Vertreter des Landesverbandes an der Jahreshauptversammlung teil.

In sehr gepflegter Atmosphäre konnte Georg Mohr den Teilnehmern einen umfassenden Rückblick auf die Tätigkeiten des Kreisvorstandes im abgelaufenen Jahr geben. Jürgen Franke berichtete von aktuellen Entwicklungen auf der Landesebene und ging auf zahlreiche Fragen aus dem Kreisverband ein.



> Der erneut gewählte Kreisvorstand des DPolG-KV Hochsauerlandkreis mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Jürgen Franke (Zweiter von rechts).

Themen wie die neue Datenschutz-Grundverordnung, Rechtsschutz in der DPolG, Wertstellung des gewerkschaftlichen Ehrenamtes bei der Polizei und auch die anstehenden Tarifeinverständigungen im öffentlichen Dienst nahmen neben zahlreichen anderen Themen besonderen Raum in den Erörterungen und Diskussionen ein. Über die Finanzlage des Kreisverbandes berichteten die Kassenprüfer Marc Hoffmann und Gernot Mause umfassend. Sie vertrauten dabei den wegen Krankheit kurzfristig abwesenden Schatzmeister Marcell Klein.

Bei den Wahlen zum Kreisvorstand erfolgte in allen Fällen eine Wiederwahl. So konnte sich der Kreisvorsitzende auf eine weitere Zusammenarbeit mit Heike Mohr (Vertreterin der Regierungsbeschäftigten), Friedhelm Kampmann (stellvertretender Vorsitzender) und Björn Hamerschmidt (Vertreter der JUNGEN POLIZEI) freuen.

Am Ende waren sich alle Anwesenden einig, dass sie eine ausgesprochen interessante und gut organisierte Veranstaltung erlebt haben. ■



> Führte gewohnt souverän und interessant durch die Sitzung: der Vorsitzende des DPolG-KV Hochsauerlandkreis, Georg Mohr